

Blesse, Sebastian; Freundl, Vera; Lergetporer, Philipp; Nover, Justus; Werner, Katharina

Article

Was verhindert einen leistungssteigernden Wettbewerb im Bildungsföderalismus?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Blesse, Sebastian; Freundl, Vera; Lergetporer, Philipp; Nover, Justus; Werner, Katharina (2023) : Was verhindert einen leistungssteigernden Wettbewerb im Bildungsföderalismus?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 76, Iss. 04, pp. 48-52

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/272108>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sebastian Blesse, Vera Freundl, Philipp Lergetporer,
Justus Nover und Katharina Werner*

Was verhindert einen leistungssteigernden Wettbewerb im Bildungsföderalismus? **

IN KÜRZE

Das Für und Wider des Bildungsföderalismus ist regelmäßiger Bestandteil politischer Debatten in Deutschland. Auf Basis der vorliegenden Studie lässt sich feststellen, dass Fehleinschätzungen über die relativen Leistungen der länderspezifischen Bildungspolitik ein großes Hindernis für einen Ideenwettbewerb zwischen den Bundesländern darstellen können. Parallele Befragungen von Bürger*innen und Landtagsabgeordneten ergeben, dass beide Gruppen verzerrte Vorstellungen über Schülerleistungen in ihrem Bundesland haben. Im Rahmen eines Informationsexperiments zeigen wir, dass die Bereitstellung von vergleichenden Informationen über Schülerleistungen die politische Zufriedenheit der Bürger*innen zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Bundesländern polarisiert. Gleichzeitig erhöhen Leistungsinformationen die Unterstützung für transparenzfördernde Maßnahmen in Form von regelmäßigen Schülervergleichstests. Im Gegensatz dazu ist die Zustimmung der Abgeordneten zu der transparenzfördernden Maßnahme opportunistisch: Während Leistungsinformationen die Zustimmung von Parlamentarier*innen in leistungsstärkeren Ländern erhöhen, ist für Abgeordnete in leistungsschwächeren Ländern das Gegenteil der Fall. Eine stärkere öffentliche Sichtbarkeit relativer Bildungsleistungen der Bundesländer könnte den Anreiz für Parlamentarier*innen erhöhen, leistungssteigernde Maßnahmen im Bildungssektor umzusetzen.

Eines der wichtigsten Argumente für einen politischen Wettbewerb zwischen Bundesländern ist, dass dieser den Bürger*innen ermöglicht, die politischen Entscheidungen und Maßnahmen in ihrem Land mit denen in anderen Bundesländern zu vergleichen und somit die Leistung ihrer politischen Entscheidungsträger*innen zu evaluieren (vgl. Besley und Case 1995a; Revelli 2006; Revelli und Tovmo 2007; Terra und Mattos 2017). Diesen Studien zufolge können interregionale

Vergleiche dazu beitragen, dass Bürger*innen politische Entscheidungsträger*innen für die von ihnen durchgesetzten Maßnahmen zur Verantwortung ziehen und im Zweifel sogar abwählen. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse schafft damit Anreize für Abgeordnete, öffentliche Leistungen so effektiv wie möglich bereitzustellen, was sich letzten Endes positiv auf den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand auswirken kann (vgl. Case 1993; Besley und Case 1995b; Congleton 2007). Damit diese Vergleiche jedoch möglich sind, müssen die Resultate politischer Maßnahmen in den Bundesländern beobachtbar und Kennzahlen übereinstimmend erhoben sein. Das ist aber in der Realität oft nicht der Fall. Ein Beispiel hierfür ist das deutsche Bildungssystem, in dem die legislative und exekutive Entscheidungskraft bei den Bundesländern liegt. Aufgrund des Wettbewerbs zwischen den Bundesländern könnte ein derartig dezentrales System theoretisch zu einer Verbesserung der gesamtdeutschen Bildungsleistungen führen. Allerdings ist eine wichtige Voraussetzung für einen Ideenwettbewerb zwischen den Ländern im Allgemeinen und des Bildungsföderalismus im Speziellen, dass die Bürger*innen eine möglichst präzise Vorstellung von den relativen Bildungsleistungen ihres Bundeslandes (etwa durch Schülervergleichstests) haben. Das erfordert Transparenz, sowohl was die Verfügbarkeit als auch die Vergleichbarkeit relevanter Informationen angeht. In Deutschland wird dies durch das Fehlen regelmäßiger Leistungstests für Schüler*innen untergraben. Übereinstimmend mit dieser These gibt es zunehmend Hinweise darauf, dass die Wählerschaft über wichtige Aspekte vieler Politikbereiche in erheblichem Umfang falsch informiert ist (vgl. z. B. Gilens 2001; Alesina et al. 2020; Nyhan 2020; Haaland et al. 2023).

Vor diesem Hintergrund berichten wir über die Ergebnisse zweier Umfragen mit Bürger*innen und Parlamentarier*innen. Zunächst wird berichtet, inwieweit in beiden Gruppen verzerrte Wahrnehmungen über die Bildungsleistungen des eigenen Bundeslandes bestehen. Ferner diskutieren wir experimentelle Ergebnisse, die zeigen, wie sich die Bereitstellung von Informationen über die relative Bildungsleistung des eigenen Bundeslandes auf die Zufriedenheit der Bürger*innen mit der Bildungspolitik ihres Landes auswirkt. Zuletzt betrachten wir, welchen Einfluss Leistungsinformatio-

* Sebastian Blesse, ifo Institut; Vera Freundl, ifo Institut; Philipp Lergetporer, TU München; Justus Nover, ZEW Mannheim; Katharina Werner, ifo Institut.

** Der Artikel ist eine Kurzfassung der Studie von Blesse et al. (2023).

nen auf die Befürwortung von Transparenzfördernden Maßnahmen durch Bürger*innen und Abgeordnete haben.

METHODIK

Dieser Bericht basiert auf einer Studie, für die im Rahmen einer Kooperation zwischen dem ifo Institut München und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim parallele Umfrageexperimente mit Bürger*innen und Parlamentarier*innen durchgeführt wurden (vgl. Blesse et al. 2023). Die Bürgerumfrage wurde im Juni 2020 mit einer repräsentativen Stichprobe von mehr als 10 000 Personen von 18–69 Jahren im Rahmen des ifo Bildungsbarometers durchgeführt. Die Befragung der Parlamentarier*innen umfasste mit einem Stichprobenumfang von 557 Personen etwa 30 % aller deutscher Landtagsabgeordneten. Die Parlamentarierumfrage wurde von Mai bis Juli 2020 vom ZEW Mannheim durchgeführt.

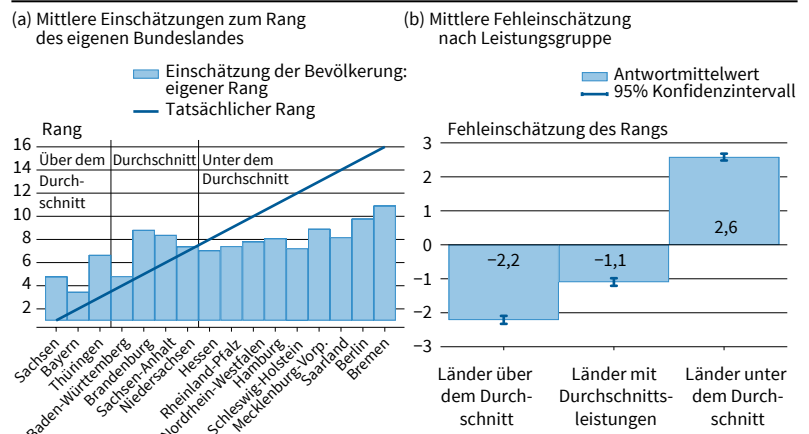
In der Bürgerbefragung wurden die Teilnehmenden zunächst aufgefordert, auf einer Skala von 1 (am besten) bis 16 (am schlechtesten) einzuschätzen, wie die Schüler*innen in ihrem Bundesland im jüngsten Mathematik-Vergleichstest abgeschnitten haben. Anschließend wurden die Befragten zufällig einer von fünf Gruppen (eine Kontrollgruppe und vier Behandlungsgruppen) zugeordnet. In der Kontrollgruppe wurde die Zufriedenheit der Befragten mit der Bildungspolitik ihres jeweiligen Bundeslandes und die Befürwortung einer bildungspolitischen Maßnahme zur erhöhten Vergleichbarkeit von Bildungsleistungen zwischen den deutschen Bundesländern abgefragt. Die Behandlungsgruppen erhielten Informationen darüber, welchen Platz die Schüler*innen ihres eigenen Bundeslandes im Vergleich zu anderen Ländern bei einem Mathematik-Vergleichstest belegt haben, bevor sie dieselben Fragen beantworteten wie die uninformierte Kontrollgruppe.¹ Aufgrund der zufälligen Zuordnung der Studienteilnehmenden zu einer der fünf Versuchsgruppen können die kausalen Effekte der Informationsbereitstellung mittels eines einfachen Regressionsmodells geschätzt werden.

Eine in Struktur und Aufbau ähnliche Form des Umfrageexperiments wurde parallel auch mit der Stichprobe der Landtagsabgeordneten durchgeführt. Hier wurden jedoch nicht fünf zufällige Vergleichsgruppen untersucht, sondern angesichts geringerer Beobachtungszahlen nur zwei Versuchsgruppen: eine Kontrollgruppe ohne Informationen zu relativen Bildungsleistungen der Bundesländer sowie eine Be-

¹ In der zweiten und dritten Gruppe erhielten die Teilnehmenden vor Beantwortung der Fragen Informationen über das Abschneiden des eigenen Bundeslandes bei den Schülervergleichstests relativ zu den anderen Ländern. Gruppe 2 wurde nur über die Einstufung des eigenen Bundeslandes informiert, während Gruppe 3 eine Rangliste mit allen 16 Bundesländern gezeigt wurde. Analog dazu wurde diese Information auch den Befragten in den Gruppen 4 und 5 zur Verfügung gestellt – jedoch nicht direkt, sondern über einen Link. Diese Form der Informationsbereitstellung dient dazu, die Hürden bzw. Informationskosten zu reflektieren, die in der Realität oft bei der Informationsbeschaffung bestehen.

Abb. 1

Einschätzungen der Bevölkerung zu Schülerleistungen im eigenen Bundesland



Anmerkungen: Panel (a) zeigt die mittlere Einschätzung von 10 313 Bürger*innen zum Rang des eigenen Bundeslandes. Die Länder sind in drei Gruppen eingeteilt (überdurchschnittlich, durchschnittlich und unterdurchschnittlich), entsprechend den Ergebnissen eines kürzlich durchgeführten bundeslandübergreifenden Schülervergleichstests unter Schüler*innen der 9. Klasse im Fach Mathematik (Stanat et al. 2019, S. 203). Die Einstufung in drei Leistungsgruppen wird durch die senkrechten grauen Linien in Panel (a) der Abbildung dargestellt. Panel (b) zeigt die durchschnittliche Rang-Fehleinschätzung (tatsächlicher Rang minus Schätzung der Befragten) nach Leistungsgruppe. Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020. © ifo Institut

handlungsgruppe, die darüber informiert wurde, ob die Schülerleistungen des eigenen Bundeslandes in die bessere oder schlechtere Hälfte aller Bundesländer fallen. Danach wurde wie in der Bürgerbefragung die Befürwortung einer Maßnahme zur erhöhten Vergleichbarkeit abgefragt.

ERGEBNISSE

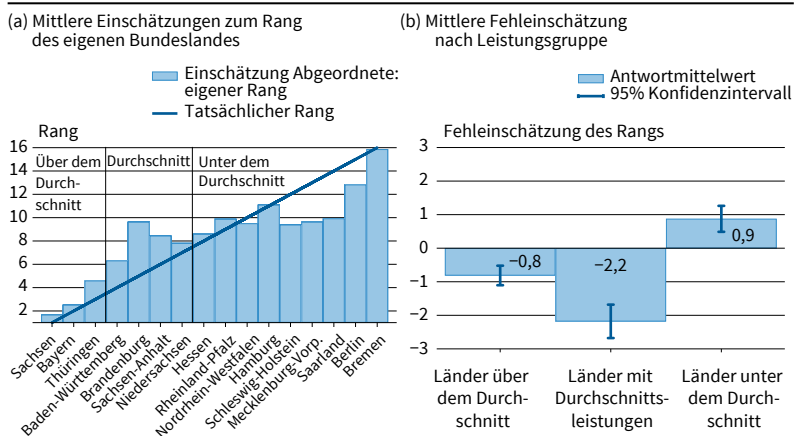
Einschätzungen der Schülerleistungen im eigenen Bundesland

Das zentrale Ergebnis der Studie ist, dass sowohl Bürger*innen als auch Landtagsabgeordnete die relativen Schülerleistungen in ihrem Bundesland systematisch falsch einschätzen. Die durchschnittlichen Einschätzungen der Bevölkerung zum Rang des eigenen Bundeslandes sind für alle 16 Länder in der Abbildung 1(a) dargestellt. Deutlich erkennbar ist, dass Bürger*innen aus den Ländern mit überdurchschnittlichen Bildungsleistungen zu pessimistisch im Hinblick auf die Ergebnisse in ihrem Bundesland sind. Für die Befragten aus Ländern mit unterdurchschnittlichen Schülerleistungen ist jedoch das Gegenteil der Fall – sie sind zu optimistisch und schätzen die Bildungsleistungen besser ein, als sie tatsächlich sind.

Die Fehleinschätzungen sind demnach beachtlich. Das zeigt sich auch in den Anteilen der Befragten, die einen Rang angeben, der das eigene Bundesland in eine falsche Leistungsgruppe einteilt. In den drei Bundesländern mit den besten Schülerleistungen sind das 41,1% der Befragten: Sie sehen das eigene Bundesland nur auf dem Rangniveau von Bundesländern mit durchschnittlichen oder gar unterdurchschnittlichen Schülerleistungen. Umgekehrt ordnen 46,1% der Befragten in Bundesländern mit unterdurchschnittlichen Schülerleistungen die Rangeinschätzungen für

Abb. 2

Einschätzungen der Parlamentarier*innen zu Schülerleistungen im eigenen Bundesland



Anmerkungen: Panel (a) zeigt die mittlere Einschätzung von 557 Landtagsabgeordneten zum Rang des eigenen Bundeslandes. Die Länder sind in drei Kategorien eingeteilt (überdurchschnittlich, durchschnittlich und unterdurchschnittlich), entsprechend den Ergebnissen eines kürzlich durchgeführten bundeslandübergreifenden Schülervergleichstests unter Schüler*innen der 9. Klasse im Fach Mathematik (Stanat et al. 2019, S. 203). Die Einstufung in drei Leistungsgruppen wird durch die senkrechten grauen Linien in Panel (a) der Abbildung dargestellt. Panel (b) zeigt die durchschnittliche Rang-Fehleinschätzung (tatsächlicher Rang minus Schätzung der Befragten) nach Leistungsgruppe.

Quelle: ZEW; Universität Mannheim; Parlamentsumfrage 2020. © ifo Institut

ihr Bundesland fälschlicherweise den beiden besseren Leistungsgruppen zu. Unter den Befragten der durchschnittlichen Bundesländer verorteten sich sogar 62,2% in der falschen Leistungsgruppe. Ferner lässt sich aus Abbildung 1(b) entnehmen, dass Bürger*innen aus Ländern mit überdurchschnittlichen bzw. durchschnittlichen Schülerleistungen die Position des eigenen Landes im Durchschnitt um 2,2 bzw. 1,1 Plätze zu schlecht angeben. Bürger*innen aus Ländern mit unterdurchschnittlichen Schülerleistungen sind hingegen zu optimistisch und schätzen die Position ihres Bundeslandes im Durchschnitt um 2,6 Plätze zu gut ein.

Aus diesen Ergebnissen lässt sich schließen, dass die befragten Bürger*innen teils in hohem Maße falsch über die Schülerleistungen ihres Bundeslandes informiert sind. Folglich schränkt diese Informationslücke auch das Ausmaß ein, in dem Bürger*innen ihre politischen Vertreter*innen für mögliches Politikversagen zur Verantwortung ziehen können.

Abbildung 2(a) veranschaulicht, dass die Gruppe der Parlamentarier*innen im Schnitt besser über das relative Abschneiden ihres Bundeslandes im Länder-ranking informiert ist (vgl. auch Abb. 2(b)).

Effekte der Informationsbereitstellung

Die Bereitstellung von Informationen über die relativen Schülerleistungen des eigenen Bundeslandes polarisiert die Zufriedenheit der Bürger*innen mit der Bildungspolitik ihres jeweiligen Bundeslandes. In Bundesländern mit überdurchschnittlichen Bildungsleistungen sind die Befragten im Mittel zufriedener mit der Bildungspolitik, wenn sie über das Abschneiden ihres Bundeslandes bei Schülerleistungstests informiert werden (Behandlungsgruppe), als wenn sie keine Informationen über die relativen Schülerleistungen

erhalten (Kontrollgruppe). Personen der Behandlungsgruppe sind weniger zufrieden mit der Bildungspolitik ihres Bundeslandes als Befragte der Kontrollgruppe, wenn die Schülerleistungen ihres Bundeslandes unterdurchschnittlich sind. Die Stärke des gemessenen Effekts ist für alle Behandlungsgruppen ähnlich groß. Dies deutet darauf hin, dass sich die befragten Bürger*innen vor allem für die relativen Schülerleistungen ihres Bundeslandes im Deutschlandvergleich interessieren und nicht für einen Vergleich mit bestimmten Bundesländern.

Ferner wurde im Rahmen der Studie untersucht, wie sich der Effekt der Informationsbereitstellung je nach der vorherigen Einschätzung der Befragten unterscheidet. Erstens zeigt sich, dass der Effekt für diejenigen, die die Schülerleistungen in ihrem Bundesland überschätzen, signifikant negativer ist. Das heißt, dass Personen, die die Schülerleistungen in ihrem Bundesland zu optimistisch bewerten und Informationen über das tatsächliche Abschneiden erhalten, weniger zufrieden mit der Bildungspolitik in ihrem Bundesland sind als korrekt schätzende Personen in der Kontrollgruppe. Diejenigen, die die Schülerleistungen des eigenen Bundeslands unterschätzen und Informationen über die relativen Bildungsleistungen des eigenen Bundeslands unterschätzen und Informationen über die relativen Bildungsleistungen erhalten, sind hingegen signifikant zufriedener. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass sich die Zufriedenheit mit der Bildungspolitik dadurch verändert, dass die Befragten ihre vorherigen Einschätzungen mit der bereitgestellten Information abgleichen. Zweitens finden wir auch einen signifikanten Effekt der Informationsbereitstellung auf Befragte, die die relativen Schülerleistungen ihres Bundeslandes korrekt eingeschätzt haben: Sind diese Personen aus einem Bundesland mit durchschnittlichen oder überdurchschnittlichen Schülerleistungen, so steigt die Zufriedenheit mit der Bildungspolitik signifikant bei Informationsbereitstellung. Sind die Befragten jedoch aus einem unterdurchschnittlich abschneidenden Bundesland, so hat die Informationsbereitstellung einen negativen Effekt. Dies lässt vermuten, dass eine aufmerksamkeitsbasierte Aktualisierung der Wählermeinung ebenfalls eine Rolle spielt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Korrektur von Fehleinschätzungen durch die Bereitstellung von Informationen über relative Schülerleistungen einen großen Einfluss darauf hat, wie zufrieden die Bürger*innen mit der Bildungspolitik ihres Landes sind.

Des Weiteren haben wir untersucht, welche Auswirkungen die Informationsbereitstellung über relative Schülerleistungen auf Forderungen der Bürger*innen nach einer transparenteren Bildungspolitik hat. Als Beispiel für eine Transparenzfördernde Maßnahme dient die Einführung von Schülerleistungstests für Ländervergleiche, die alle zwei Jahre durchgeführt werden und anhand derer die Schülerleistungen in den Bundesländern miteinander verglichen werden können. Es lässt sich feststellen, dass in der Kontrollgruppe die Unterstützung für diese Transparenz-

maßnahme etwa 78 % beträgt – unabhängig von den Schülerleistungen des eigenen Landes. In der Behandlungsgruppe erhöht sich dieser Anteil für Befragte aus Bundesländern mit unterdurchschnittlichen Schülerleistungen um 4,8 Prozentpunkte und für Befragte aus Bundesländern mit überdurchschnittlichen Schülerleistungen um 7,1 Prozentpunkte. Sowohl unter Befragten aus schlechter als auch aus besser abschneidenden Ländern erhöht die Informationsbereitstellung also die Unterstützung für regelmäßige Schülervergleichstests zum Bundesländervergleich. Die Gründe hierfür könnten unterschiedlicher Natur sein: So könnten Befragte aus Bundesländern mit sehr guten Ergebnissen eine Präferenz dafür haben, dass diese Ergebnisse publik werden. Dahingegen könnten Bürger*innen aus Bundesländern mit schlechteren Schülerleistungen die regelmäßigen Vergleichstests befürworten, um die zuständigen Landespolitiker*innen zur Rechenschaft zu ziehen.

Stellt man den Landtagsabgeordneten keine Information über die relativen Schülerleistungen ihres Bundeslandes bereit, so ist die Unterstützung mit 75,6 % für die Einführung von Schülervergleichstests insgesamt ähnlich zur allgemeinen Bevölkerung. Erhalten die Parlamentarier*innen jedoch Informationen zu den relativen Schülerleistungen ihres Bundeslandes, so unterscheidet sich die Reaktion erheblich von der der Bürger*innen. Bei den Abgeordneten in der besser abschneidenden Hälfte der Bundesländer erhöht die Information über die Platzierung des eigenen Bundeslandes die Unterstützung für die Einführung von Schülertests zum Bundesländervergleich um 10,1 Prozentpunkte im Vergleich zur Kontrollgruppe. Gleichzeitig sinkt die Unterstützung unter Landtagsabgeordneten in der schlechteren Hälfte der Länder signifikant um 19,8 Prozentpunkte, wenn sie Informationen über das Abschneiden des eigenen Bundeslandes erhalten. Konkret zeigt sich somit, dass die Unterstützung von Parlamentarier*innen für Transparenzmaßnahmen in unterdurchschnittlich abschneidenden Bundesländern bröckelt, sobald sie von den schlechten Leistungen ihres Landes erfahren. Informationen zum relativen Abschneiden der Bundesländer bei Schülervergleichstests können also die Unterstützung von Parlamentarier*innen für mehr Transparenz im Bildungssektor in leistungsschwächeren Bundesländern untergraben.

FAZIT

Um die bildungspolitischen Erfolge von Bundesländern vergleichen zu können, werden leicht verfügbare und vergleichbare Informationen benötigt. Sind entsprechende Informationen zu Bildungsleistungen zur Hand, so kann ein leistungssteigernder Wettbewerb von Ideen zwischen den Bundesländern stattfinden. Dadurch können sich diejenigen Maßnahmen durchsetzen, die beispielsweise Schülerleistungen am meisten verbessern.

Unsere Ergebnisse von zwei parallelen Umfragen unter Bürger*innen und Landtagsabgeordneten in Deutschland zeigen, dass beide Gruppen nicht gut über die Bildungsleistungen ihres jeweiligen Bundeslandes informiert sind. Insbesondere bewerten Bevölkerung und Parlamentarier*innen die relativen Schülerleistungen oftmals zu optimistisch, wenn sie aus einem unterdurchschnittlich abschneidenden Bundesland kommen. Zudem führt Informationsbereitstellung über das tatsächliche Abschneiden bei Schülerleistungstests zu einer Polarisierung: Bürger*innen in Bundesländern mit überdurchschnittlichen Bildungsleistungen sind bei vorliegenden Informationen zufriedener mit der Bildungspolitik ihres Bundeslandes als Personen ohne Informationen darüber. Bemerkenswert ist, dass sowohl Bürger*innen aus besser als auch aus schlechter abschneidenden Bundesländern für mehr vergleichbare Schülerleistungstests und damit mehr Transparenz im Bildungssystem stimmen, wenn sie Informationen über die relativen Bildungsleistungen ihres Bundeslandes erhalten. Bei den Politiker*innen zeigt sich hingegen ein anderes Bild: Bei Informationsbereitstellung steigt die Unterstützung für Transparenzmaßnahmen nur unter Landtagsabgeordneten aus der besser abschneidenden Hälfte der Bundesländer, während bei Abgeordneten aus der schlechteren Hälfte die Informationsbereitstellung zu einer geringeren Unterstützung von vergleichbaren Schülerleistungstests führt.

Diese Ergebnisse deuten auf zwei Hindernisse hin, die es den Bürger*innen erschweren, ihre politischen Vertreter*innen für die mangelnde Umsetzung von (bildungs-)politischen Maßnahmen zur Verantwortung zu ziehen. Erstens sind die Bürger*innen schlecht über die Schülerleistungen ihres Bundeslandes informiert. Damit ist eine notwendige Voraussetzung für einen föderalen bildungspolitischen Wettbewerb nicht erfüllt. Zweitens haben Parlamentarier*innen in Bundesländern mit schlechteren Bildungsleistungen Anreize, Initiativen für mehr Transparenz zu blockieren, um nicht für die mangelnde Leistungsfähigkeit ihres Bundeslands in diesem Bereich einstehen zu müssen. Die befragten Landtagsabgeordneten zeigen sich somit opportunistisch: Sie unterstützen mehr Transparenz in der Bildungspolitik nur dann, wenn es für sie vorteilhaft ist – das heißt, wenn die erhöhte Transparenz die Politik ihres Bundeslandes in einem positiven Licht erscheinen ließe.

Die Informationsbereitstellung über die tatsächlichen Schülerleistungen des eigenen Bundeslandes hat starke Effekte auf die Zufriedenheit der Bürger*innen mit der Bildungspolitik im jeweiligen Bundesland. Eine stärkere Verbreitung derartiger Informationen könnte also den Druck auf politische Entscheidungsträger erhöhen, eine möglichst gute Bildungspolitik zu betreiben, da etwaige Missstände öffentlich diskutiert werden könnten. Somit könnte mehr Transparenz ein wichtiger Baustein sein, um die föderale Struktur des deutschen Bildungssystems für einen Wettbewerb der

Ideen fit zu machen und die Bildungsleistungen dadurch deutschlandweit zu verbessern.

REFERENZEN

Alesina, A., A. Miano und S. Stantcheva (2020), »The Polarization of Reality«, *AEA Papers and Proceedings* 110, 324–328.

Besley, T. und A. Case (1995a), »Incumbent Behavior: Vote Seeking, Tax Setting and Yardstick Competition«, *American Economic Review* 85(1), 25–45.

Besley, T. und A. Case (1995b), »Does Electoral Accountability Affect Economic Policy Choices? Evidence from Gubernatorial Term Limits«, *Quarterly Journal of Economics* 110(3), 769–798.

Blesse, S., P. Lergepörner, J. Nover und K. Werner (2023), »Transparency and Policy Competition: Experimental Evidence from German Citizens and Politicians«, ifo Working Paper No. 390, Februar.

Case, A. (1993), »Interstate Tax Competition After TRA86«, *Journal of Policy Analysis and Management* 12(1), 136–148.

Congleton, R. D. (2007), »Informational Limits to Democratic Public Policy: The Jury Theorem, Yardstick Competition, and Ignorance«, *Public Choice* 132(3–4), 333–352.

Gilens, M. (2001), »Political Ignorance and Collective Policy Preferences«, *American Political Science Review* 95(2), 379–396.

Haaland, I., C. Rothund J. Wohlfart (2023), »Designing Information Provision Experiments«, *Journal of Economic Literature*, im Erscheinen.

Nyhan, B. (2020), »Facts and Myths About Misperceptions«, *Journal of Economic Perspectives* 34(3), 220–236.

Revelli, F. (2006), »Performance Rating and Yardstick Competition in Social Service Provision«, *Journal of Public Economics* 90, 459–475.

Revelli, F. und P. Tovmo (2007), »Revealed Yardstick Competition: Local Government Efficiency Patterns in Norway«, *Journal of Urban Economics* 62(1), 121–134.

Terra, R. und E. Mattos (2017), »Accountability and Yardstick Competition in the Public Provision of Education«, *Journal of Urban Economics* 99, 15–30.